

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 18. Oktober 1991

Inhalt:

Personalien:

Berufung von vier Abgeordneten als vorläufige Schriftführer (1).

Angelobung der Abgeordneten (1).

Wahlen:

Wahl des Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (2).

Wahl des zweiten Landtagspräsidenten (2).

Wahl des dritten Landtagspräsidenten (3).

Ansprache des neugewählten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages Franz Wegart (3).

Wahl der Schriftführer und Ordner (3).

Wahl der Bundesräte (3).

Wahl des Landeshauptmannes (4).

Wahl der übrigen Regierungsmitglieder (4).

Redner: Landeshauptmann Dr. Krainer (5), Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (8), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (14).

Wahlen in die Landtags-Ausschüsse (15).

Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr.

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Bevor ich eröffne, darf ich diejenigen, die nicht dem Hohen Haus angehören, ersuchen, den Sitzungssaal zu verlassen.

Heute findet die erste Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Gemäß Paragraph 11 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und des Paragraphen 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat der Präsident des bisherigen Landtages den neugewählten Landtag binnen vier Wochen nach der Wahl einzuberufen, die Angelobung der Abgeordneten durchzuführen und die Wahl des Vorstandes des neuen Landtages nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zu leiten.

Dem Präsidenten des bisherigen Landtages obliegt daher der Vorsitz im neugewählten Landtag bis zur Wahl eines neuen Präsidenten.

In diesem Sinne eröffne ich nach der Landtagswahl vom 22. September 1991 die erste Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XII. Gesetzgebungsperiode.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Bei Neueröffnung des Landtages beruft in der ersten Sitzung der Präsident des bisherigen Landtages gemäß Paragraph 4 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer.

Im Einvernehmen mit der Klubobmännerkonferenz berufe ich zu dieser vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer die Abgeordneten Reinhold Purr, Walburga Beutl, Erna Minder, Magda Bleckmann.

Gemäß Paragraph 11 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Paragraph 6 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der ersten Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abgeordneten Reinhold Purr zu mir heraufzukommen, die Angelobungsformel und sodann die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Die Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses bitte ich, sich zu diesem Zweck von den Sitzen zu erheben.

Abg. Purr: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Johann Bacher: Ich gelobe.

Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa: Ich gelobe.

Walburga Beutl: Ich gelobe.

Magda Bleckmann: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura: Ich gelobe.

Dr. Candidus Cortolezis: Ich gelobe.

Günter Dörflinger: Ich gelobe.

Dr. Manfred Ebner: Ich gelobe.

Mag. Wolfgang Erlitz: Ich gelobe.

Dr. Kurt Flecker: Ich gelobe.

Hermine Frieß: Ich gelobe.

Dr. Gilbert Frizberg: Ich gelobe.

Kurt Gennaro: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Günter Getzinger: Ich gelobe.

Helmut Glaser: Ich gelobe.

Heinz-Johann Glössl: Ich gelobe.

Dr. Maria Grabensberger: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Heinz Grabner: Ich gelobe.

Gottfried Grillitsch: Ich gelobe.

Otto Heibl: Ich gelobe.

Dr. Gerhard Hirschmann: Ich gelobe.

Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch: Ich gelobe.

Richard Kanduth: Ich gelobe.
Dr. Eva Karisch: Ich gelobe.
Ing. Sepp Kaufmann: Ich gelobe.
Monika Kaufmann: Ich gelobe.
Ing. Hans Kinsky: Ich gelobe.
Dr. Christoph Klausner: Ich gelobe.
Gerhard Köhldorfer: Ich gelobe.
Dr. Josef Krainer: Ich gelobe.
Dr. Reinhold Lopatka: Ich gelobe.
Ing. Hans Löcker: Ich gelobe.
Dr. Karl Maitz: Ich gelobe.
Franz Majcen: Ich gelobe.
Erna Minder: Ich gelobe.
Herbert Peinhaupt: Ich gelobe.
Alfred Prutsch: Ich gelobe.
Günther Prutsch: Ich gelobe.
Reinhold Purr: Ich gelobe.
Hermine Pußwald: Ich gelobe.
Mag. Ludwig Räder: Ich gelobe.
Franz Riebenbauer: Ich gelobe.
DDr. Peter Schachner-Blazizek: Ich gelobe.
Peter Schinnerl: Ich gelobe.
Franz Schleich: Ich gelobe.
Siegfried Schrittwieser: Ich gelobe.
Hermann Schützenhöfer: Ich gelobe.
Dr. Dieter Strenitz: Ich gelobe.
Kurt Tasch: Ich gelobe.
Franz Trampusch: Ich gelobe.
Erich Tschernitz: Ich gelobe.
Siegfried Ussar: Ich gelobe.
Dipl.-Ing. German Vesko: Ich gelobe.
Karlheinz Vollmann: Ich gelobe.
Engelbert Weilharter: Ich gelobe.
Franz Wegart: Ich gelobe.

Präsident: Ich danke. Damit haben alle anwesenden Abgeordneten die Angelobung geleistet.

Ich weise darauf hin, daß die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages die nach dem Unvereinbarkeitsgesetz anzeigepflichtigen Funktionen nur mit Zustimmung des Landtages ausüben können.

Weiters gebe ich bekannt, daß jedem Abgeordneten über seinen Wunsch ein Lichtbildausweis ausgestellt werden kann. Diese Ausweise können in der Landtagspräsidialkanzlei gegen Abgabe eines Lichtbildes angefordert werden.

Nach Paragraph 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Klubobmännerkonferenz schlage ich vor, die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Wahlen – mit Ausnahme der Wahl des Landeshauptmannes – durch Erheben einer Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Wahl des Landtagspräsidenten.

Ich ersuche die bisherige Dritte Landtagspräsidentin, Frau Dr. Lindi Kalnoky, den Vorsitz zu übernehmen.

(Übernahme des Vorsitzes durch Frau Präsidentin Dr. Lindi Kalnoky.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um einen Vorschlag für die Wahl zum Landtagspräsidenten.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer um diesen Vorschlag.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich schlage für diese Funktion den bewährten bisherigen Präsidenten Franz Wegart vor.

Präsident Dr. Kalnoky: Zu diesem Wahlvorschlag liegt keine Wortmeldung vor.

Ich ersuche daher die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, um Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben.

Danke, der Wahlvorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Ich frage nunmehr Herrn Präsidenten Franz Wegart, ob er die Wahl annimmt.

Präsident Wegart: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich übergebe dem neugewählten Landtagspräsidenten den Vorsitz und darf ihn herzlich beglückwünschen.

(Übernahme des Vorsitzes durch Landtagspräsident Franz Wegart.)

Präsident Wegart: Wir kommen nun zur Wahl des Zweiten Landtagspräsidenten.

Ich ersuche Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek um Bekanntgabe des Vorschlages der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus! Ich schlage Dr. Klausner für diese Funktion vor.

Präsident: Sie haben den Wahlvorschlag gehört.

Die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich frage Herrn Abgeordneten Dr. Christoph Klausner, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Klausner: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich beglückwünsche Sie zur Wahl und bitte Sie, auf dem Präsidiumssitz Platz zu nehmen.

Ich komme zur Wahl des Dritten Landtagspräsidenten.

Ich ersuche Herrn Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko um einen Wahlvorschlag.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko: Ich schlage Herrn Mag. Rader vor.

Präsident: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört.

Ich bitte Sie, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich frage Herrn Abgeordneten Mag. Rader, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Mag. Rader: Ich nehme die Wahl an. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident: Herr Präsident Mag. Rader, ich beglückwünsche auch Sie zur Wahl und bitte Sie ebenfalls, auf dem Präsidiumssitz Platz zu nehmen.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Es entspricht guter Tradition, daß der Präsident in der ersten Sitzung des neugewählten Landtages für seine Wahl dem Hohen Haus den Dank ausspricht.

Ich spreche diesen Dank in meinem Namen, ebenso im Namen des Zweiten Präsidenten Dr. Christoph Klauser und des Dritten Präsidenten Mag. Ludwig Rader aus.

Wir werden uns anstrengen, uns dieses Vertrauens würdig zu erweisen.

Wir versprechen, daß wir unsere Aufgaben getreu der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach bestem Wissen und Gewissen ausüben werden.

Wir werden uns bemühen, wie es die Geschäftsordnung auferlegt, die Rechte und Würde des Landtages zu schützen.

Wir werden für die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln sorgen und immer bestrebt sein, objektive Vorsitzende für alle in diesem Haus vertretenen politischen Fraktionen zu sein.

Wir bitten Sie, uns bei dieser schönen und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Den Mitgliedern des Hohen Hauses wünsche ich Glück und Segen für Ihre Arbeit für unsere Steiermark.

Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer und Ordner. Gemäß Paragraph 4 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte vier Schriftführer.

Es wurden folgende Wahlvorschläge eingebracht:

Von der Österreichischen Volkspartei: Reinhold Purr, Walburga Beutl.

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs: Erna Minder.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs: Magda Bleckmann.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Schriftführer einstimmig gewählt.

Nach Paragraph 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages werden weiters vier Ordner vom Landtag aus seiner Mitte gewählt.

Für diese Wahl liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Von der Österreichischen Volkspartei: Ing. Sepp Kaufmann.

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs: Otto Heibl, Siegfried Schrittwieser.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs: Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura.

Wer mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Ordner einstimmig gewählt.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt kommen wir zur Wahl der Bundesräte.

Die Steiermark hat zehn Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei fünf Mitglieder, auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs vier Mitglieder und auf die Freiheitliche Partei Österreichs ein Mitglied.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Erstens, als Mitglied: Regierungsrat Weiss Herbert und als Ersatzmitglied: Ing. Pollerhuhs Peter.

Zweitens, als Mitglied: Pirchegger Grete und als Ersatzmitglied: Brenner Margarete.

Drittens, als Mitglied: Kommerzialrat Gerstl Alfred und als Ersatzmitglied: Winkelbauer Franz.

Viertens, als Mitglied: Dr. Liechtenstein Vinzenz und als Ersatzmitglied: Haas Robert.

Fünftens, als Mitglied: Mag. Dr. phil. Lasnik Ernst Reinhold und als Ersatzmitglied: Zach Sieglinde.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Erstens, als Mitglied: Herrmann Siegfried und als Ersatzmitglied: Dr. Wabl Martin.

Zweitens, als Mitglied: Meier Erhard und als Ersatzmitglied: Brandauer Josef.

Drittens, als Mitglied: Moser Erich und als Ersatzmitglied: Rösler Michaela.

Viertens, als Mitglied: Schicker Johanna und als Ersatzmitglied: Dr. Hödl Eleonore.

Auch hier ersuche ich die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglied: Gauster Bernd und als Ersatzmitglied: Dr. Tremmel Paul.

Die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Nunmehr bitte ich die Klubobmänner um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen. Hiezu erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Hirschmann das Wort.

Abg. Dr. Hirschmann: Die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder nehmen die Wahl an.

Präsident: Ich danke und ersuche nun den Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Abgeordneten Franz Trampusch, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Abg. Trampusch: Namens der Sozialdemokratischen Partei darf ich die Wahl bestätigen.

Präsident: Ich danke und ersuche nun den Klubobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs Dipl.-Ing. German Vesko namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob das gewählte Mitglied und Ersatzmitglied des Bundesrates die Wahl annehmen.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko: Herr Präsident! Namens der Freiheitlichen Partei habe ich die Ehre, die Annahme des Bundesratsmandates und Ersatzmitgliedes bekanntzugeben.

Präsident: Ich danke. Ich bitte nun die frischgewählten Bundesräte, sich auf die ihnen zugewiesenen Plätze zu setzen.

Nun kommen wir zur Wahl des Landeshauptmannes.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

Abg. Dr. Hirschmann: Herr Präsident, es ist mir eine große Ehre, seitens der steirischen Volkspartei für dieses Amt und diese Aufgabe den bisherigen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer vorschlagen zu dürfen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Purr und Minder, je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages leere Stimmzettel ungültig sind.

Ich bitte die Abgeordneten Purr und Minder, zu mir zu kommen. Ich habe noch darauf hinzuweisen, wer für Dr. Josef Krainer ist, schreibt den Namen Krainer auf den Stimmzettel.

Hohes Haus! Die Stimmzählung hat folgendes Resultat ergeben.

Es wurden 56 Stimmen abgegeben.

Davon entfielen 55 Stimmen auf Dr. Josef Krainer.

Ein Stimmzettel war leer. (Allgemeiner starker Beifall.)

Es wurde daher Dr. Josef Krainer einstimmig mit Ausnahme des leeren Stimmzettels zum Landeshauptmann gewählt.

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

Präsident: Verehrter Herr Landeshauptmann!

Namens des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages und in meinem Namen beglückwünsche ich dich zu deiner Wahl.

Es ist eine schöne und zugleich schwere Aufgabe, die dir aufgetragen ist.

Ich wünsche dir vom ganzen Herzen die notwendige Kraft sowie Glück und Segen für die Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen.

Gemeinsam wollen wir der Steiermark und Ihrer Bevölkerung dienen.

In dieser Gesinnung Glück auf für deine Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsmitglieder.

Nach Paragraph 28 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 besteht die Landesregierung aus neun Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsmitglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältniswahlrecht der letzten Landtagswahl aufzuteilen.

Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei vier Regierungsmitglieder, auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs vier Regierungsmitglieder und auf die Freiheitliche Partei Österreichs ein Regierungsmitglied, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen ist.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Wahlvorschlag für die drei weiteren Regierungsmitglieder.

Abg. Dr. Hirschmann: Ich schlage für die steirische Volkspartei für die Funktion des Landeshauptmannstellvertreters Herrn Dipl.-Ing. Hasiba, weiters Frau Landesrat Klasnic und als neuen Herrn den bisherigen Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Herrn Pörtl, vor.

Präsident: Ich danke. Nunmehr ersuche ich einen Sprecher der Sozialdemokratischen Partei um einen Wahlvorschlag für vier Regierungsmitglieder.

Abg. Trampusch: Es ist für mich eine große Ehre und Auszeichnung, folgende Persönlichkeiten namens der Sozialdemokratischen Partei vorzuschlagen: für den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Herrn Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek, weiters die Herren Ing. Ressel, Dr. Strenitz und Tschernitz.

Präsident: Ich danke. Weiters ersuche ich einen Sprecher der Freiheitlichen Partei Österreichs um einen Wahlvorschlag für ein Regierungsmitglied.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko: Herr Präsident, ich habe die Ehre, als Regierungsmitglied für die Freiheitliche Partei Herrn Dipl.-Ing. Schmid vorzuschlagen.

Präsident: Ich lasse über diese Wahlvorschläge getrennt abstimmen.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Nunmehr bitte ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Wahlvorschlag der Freiheitlichen Partei Österreichs einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Wahlvorschlages fest.

Nunmehr ersuche ich die gewählten Regierungsglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um Ihre Erklärung, ob Sie die Wahl annehmen:

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Klasnic: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Pörtl: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Ing. Ressel: Ich nehme die Wahl an.

Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Auch ich nehme die Wahl an.

Landesrat Dr. Strenitz: Ich nehme die Wahl an.

Landesrat Tschernitz: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich ersuche die gewählten Regierungsglieder, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Ich begrüße alle Regierungsglieder herzlichst auf ihren Sitzen und wünsche Ihnen eine gedeihliche Arbeit.

Nunmehr erteile ich Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.45 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Der heute neu konstituierte Landtag repräsentiert das Spiegelbild der am 22. September 1991 tiefgreifend veränderten politischen Landschaft unserer Steiermark. Die heute erfolgten Wahlen und die in den letzten Tagen getroffenen Vereinbarungen nach intensiven, zum Teil hart geführten, aber immer in urbanem und fairem Stil geführten Verhandlungen repräsentieren die Konsequenzen der neuen Mehrheitsverhältnisse in unserem Land. Zunächst gratuliere ich dem Herrn Präsidenten des Landtages, seinen Vizepräsidenten und den neu gewählten Mitgliedern der Landesregierung, und ich wünsche Ihnen und uns allen für die Zukunft eine gute gemeinsame Arbeit und dabei viel Erfolg im Interesse unseres ganzen Landes. Danke auch nochmals für das Vertrauen, das Sie mir in Ihrer Wahl zum Ausdruck gebracht haben. Und diese heutige Wahl, aber auch das Vertrauen, das mir unsere Landsleute in den vergangenen Jahren entgegengebracht haben, ist für mich der verpflichtende Auftrag, mit aller Kraft bemüht zu sein, auch in Zukunft ein Landeshauptmann für alle Steirerinnen und Steirer zu sein. Ich werde mich in dieser Gesinnung bemühen, mein Bestes für dieses Land zu geben, und die derzeitige politische Konstellation ist auch für mich eine neue Herausforderung. Sie fordert aber, wenn wir alle – und davon gehe ich aus – das Beste für unser Land wollen, unsere gemeinsame Verantwortung. Die gegenwärtige Mehrheitssituation eröffnet allen politischen Kräften

neue Möglichkeiten. Sie birgt allerdings – das will ich auch nicht verschweigen – Versuchungen und Gefahren, denn Parteitaktik, Verzögerung und auch unsachliche Junktimierungen sind jene Spielarten der Politik, die von der Bevölkerung zu Recht kritisiert werden und in verstärktem Maße, wie wir alle wissen, Protestphänomene hervorrufen. Ich unterstelle niemandem eine solche Absicht. Aber es ist keine Frage, daß wir besorgt sein müssen um ein gutes, sachliches Klima. Das freie Spiel der Kräfte sollte nicht zu Leerlauf und Zersplitterung, sondern, wie ich meine, zum Wettstreit um die sachbezogenen Lösungen, um das sinnvollere Programm und um die bessere Leistung sozusagen für unser Land führen. Mit einem Wort: herausfordernder Wettbewerb sollte es sein.

Unsere Landsleute werden uns – glaube ich – nicht primär nach der Quantität der Gesetze beurteilen, die wir zustande bringen, sondern vielmehr nach der Qualität der Ergebnisse, die wir erreichen. Und es geht auch nicht um vordergründige parteipolitische Vorteile, das ist nicht nur eine sozusagen konventionelle Verbeugung vor unseren Landsleuten, sondern ich glaube, daß es unser aller Überzeugung entspricht zu sagen, es geht um unser Land. Ja, es geht darum, den Aufgaben und Problemstellungen unserer Steiermark in konstruktiver und breitestmöglicher Zusammenarbeit zu begegnen, damit die spezifischen Chancen unseres Landes in bestmöglicher Weise herausgearbeitet und auch für alle genützt werden können. Um eine solche Zusammenarbeit im Interesse des Landes zu ermöglichen, haben wir die vorhin schon genannte einvernehmliche Ressortverteilung unter allen drei Parteien, die in der Landesregierung und im Landtag künftig Verantwortung tragen, angestrebt, von allem Anfang angestrebt und sie erfreulicherweise schlußendlich auch vereinbaren können.

Ebenso haben wir auf die gemeinsame Festlegung von sachpolitischen Schwerpunkten in den kommenden fünf Jahren Wert gelegt. Und ich sehe es daher als meine Aufgabe an, als Vorsitzender der Landesregierung das Gemeinsame zu stärken und Auseinandertreibendes zu integrieren; ohne Grundsätze zu verwischen, eine Atmosphäre der Weltoffenheit und Liberalität sichern zu helfen, ein Klima, das nicht ausgrenzt, sondern verhängnisvoller Polarisierung und schädlicher Demagogie entgegenwirkt und im wahrsten Sinne des Wortes alle Menschen guten Willens zur Mitgestaltung unseres Landes einlädt. Wie Sie wissen, war ich zu allen Zeiten ein entschiedener Verfechter der Zusammenarbeit. Ganz einfach auch deshalb, weil wir im Miteinander mehr erreichen als im Gegeneinander, und ich bitte Sie daher alle um diese faire und konstruktive Kooperation im Interesse unseres Landes. Ich selbst biete sie aus Überzeugung auch gerne an.

Wir werden auch die Zusammenarbeit mit den anderen Gebietskörperschaften, sei es der Bund, sei es die Landeshauptstadt Graz, seien es die steirischen Gemeinden, aber auch mit den Interessensvertretungen und vor allem mit den Bürgern unseres Landes brauchen. Es ist jedenfalls meiner Überzeugung nach Hauptaufgabe der Politik, nicht auf der Klaviatur von Vorurteilen zu spielen, sondern das Notwendige und das Zukunftsorientierte mehrheitsfähig zu machen. Wir müssen daher – glaube ich – Protestphänomene sehr ernst nehmen. Das Wahlergebnis vom 22. Septem-

ber ist auch ein solcher ernster Anlaß zu kritischer Selbstprüfung: Wir brauchen Sensibilität, aber wir brauchen auch Konsequenz und langen Atem, wir brauchen einerseits Nachdenklichkeit und Handlungsfähigkeit zugleich, ja wir müssen Defizite in unserer Politik ebenso streng und kritisch analysieren wie die massive Fehleinschätzung einer scheinbaren Omnipotenz der Politik insgesamt – lokal, regional, national und letztlich auch international, wie wir schmerzlich in diesen Tagen immer wieder erfahren. Es geht nicht um eine Abdankung der Politik, sondern es geht um eine neue – glaube ich – und anspruchsvollere Rolle der Politik, um eine Konzentration auf die eigentlichen Staatsaufgaben und auch um eine Orientierungs- und Beispielfunktion.

Meine kritischen Anmerkungen zur politischen Kultur beziehen sich in erster Linie auf unsere Steiermark. Sie darf vor uns selbst nicht haltmachen. Es muß sich aber auch der politische Stil und die politische Arbeitsweise in unserer Republik insgesamt ändern, wenn Protestphänomene großen Stils bewältigt und nicht die Parteien, sondern das Interesse Österreichs im Vordergrund stehen soll. Der tiefgreifende Wandel der politischen Landschaft in den letzten fünf Jahren ist ja eingebettet in einen fundamentalen Auf- und Umbruch Europas, der uns neue und ganz sicherlich schwierigere und größere Verantwortung zuweist und uns Steirern mehr denn je die klassische Rolle des alten Innerösterreich zumißt – mutatis mutandis, natürlich in anderer Weise in dieser unserer Zeit des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Denn durch diesen Aufbruch des Ostens und Südostens Mitteleuropas ist die Steiermark ja insgesamt geopolitisch wiederum in die Mitte, sozusagen ins „Herz“ Europas gerückt – im wahrsten Sinn des Wortes. Und forcierte EG-Integration und regionale Außen- und Nachbarschaftspolitik in einem zusammenrückenden Europa der Regionen sind daher aus steirischer Sicht zwei Seiten derselben Medaille, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Für beides, meine Damen und Herren, engagieren wir uns mit großer Konsequenz und Überzeugung, ohne uns von Entwicklungsschwankungen, die natürlich da sind, irritieren lassen zu dürfen.

Im Wissen, daß die Anbindung an den dynamischen Wirtschaftsraum Westeuropas in Wahrheit eine Lebensnotwendigkeit für die Steiermark und für Österreich ist, war unser Land auch immer aktiv in der Integrationspolitik.

Und in diesem Sinne treten wir für die bestmögliche EG-Integration Österreichs ein, wobei natürlich unsere vitalen Interessen im Zusammenhang mit dem Grundverkehr, mit dem Transit, mit der Landwirtschaft, mit der Regionalpolitik, vor allem auch mit der Umweltpolitik und dem Föderalismus schlechthin besondere Berücksichtigung finden müssen.

Ich möchte in dieser Stunde auch meiner und sicherlich auch in weiten Kreisen unserer Bevölkerung großen Betroffenheit darüber Ausdruck geben, wie ohnmächtig wir eigentlich zusehen müssen, daß es sozusagen im Garten vor unserer Haustür einen brutalen und menschenverachtenden und menschenmordenen Krieg gibt.

Und ich möchte den bedrängten und auch tapferen kroatischen Nachbarn meine ganz persönliche Solidarität bekunden und auch neuerlich einen nachdrücklichen Appell an die Verantwortlichen der internationalen Staatengemeinschaft richten, wie er auch in der einstimmigen Resolution des Steiermärkischen Landtages vom 1. Juli 1991 zum Ausdruck gekommen ist – nämlich:

Europa und die demokratische Welt müssen ihre moralische Verantwortung wahrnehmen, damit die Werte der Selbstbestimmung und Demokratie nicht nur proklamiert, sondern auch für Slowenien und Kroatien endgültig durchgesetzt und auch gesichert werden können. Das ist, wie wir alle wissen, ein riesiges, ein ganz schwieriges Problem. Aber es ist auch keine Frage für mich, daß dazu alle friedensstiftenden Maßnahmen voll ausgeschöpft werden müssen und daß die internationale Anerkennung raschestmöglich vorzunehmen ist.

Landespolitisch, meine Damen und Herren, geht es um die Fortführung einerseits von Bewährtem, und müssen andererseits mutige neue Schritte gesetzt werden, damit einerseits die Dialektik von Kontinuität und andererseits Erneuerung in allen Bereichen wirksam werden kann.

Eine entscheidende Grundlage dafür muß eine entsprechende Finanz- und Budgetplanung sein. Dem neuen Finanzlandesrat ist dazu auch persönlich eine gute Hand zu wünschen – eine besonders schwierige Aufgabe. Denn nur auf der Basis konsolidierter Finanzen können wir landespolitisch seriös handeln. Dabei geht es einerseits um eine Reform des Finanzausgleichs im Interesse einer bürgernahen Aufgabenerfüllung, aber andererseits eben auch um eine Budgetplanung, die auch ausgabenseitig sehr verantwortungsbewußt Maßnahmen setzen muß, um das gemeinsame Ziel der Eindämmung des Zuwachses der Nettoverschuldung einigermaßen zu erreichen, wenn wir nicht nur Leerformeln im Sinne von 2 e verkünden. Der Handlungsspielraum ist dafür ohnedies – wie alle wissen – klein genug. Ich erwarte mir in diesem Zusammenhang allerdings – und das ist auch ein Ergebnis der Verhandlungen, die ja vor allem auch von den Klubobmännern Hirschmann und Trampusch und den Verhandlungsteams und dem Neo-Landesrat Schmid und seinem Team geführt wurden – von dieser vereinbarten Null-Basis-Budgetierung einiges. Wir haben auch mit dem Herrn Kollegen Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek die feste Absicht, gemeinsam in diese Richtung zu marschieren.

Nur skizzenhaft nenne ich besonders wichtig erscheinende Schwerpunkte, die wir auch in die Verhandlungen für diese Legislaturperiode eingebracht haben und über die wir im Arbeitsübereinkommen ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt haben.

Erstens: Wir streben eine generelle Verwaltungsvereinfachung im Sinne einer stärkeren Bürger- und Serviceorientierung an. Und es ist wahrscheinlich so, daß jene, die tagtäglich mit Verwaltung zu tun haben – in welchen Bereichen auch immer –, bei aller guten Absicht, die ja ganz prinzipiell vorausgesetzt werden muß – bei aller guten Absicht! –, denn doch eben nicht den Blick dessen haben – in aller Regel –, der es mit dieser Verwaltung von außen her zu tun hat. Ich

sage das mit großem Respekt auch in Richtung einer tüchtigen Beamtenschaft. Aber ich glaube, daß wir einfach wirklich aufgefordert sind, uns mit diesem Problem ganz besonders auseinanderzusetzen. Wohin man auch immer kommt – es kann nicht nur die Kritik um der Kritik willen sein, daß einem die Menschen sagen: „Es ist einfach enervierend, einen bestimmten Verwaltungsakt vom Anfang bis zum Ende durchzuerleben und dann auch sozusagen schlußendlich seinen Bescheid zu erhalten.“ Ich möchte das ausdrücklich unpolemisch sagen, weil da manchenmal sehr generell verurteilt wird. Der gute Wille ist nicht anzuzweifeln. Ich glaube aber, daß wir uns wirklich bemühen müssen – alle miteinander –, hier einen effizienteren Weg in der Zukunft und einen bürgerfreundlichen Weg in der Zukunft zu finden.

Ich glaube auch eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es vor allem in der Wirtschaftsförderung zu einer Verfahrenskonzentration kommen muß. Wir hören das immer wieder, Frau Landesrätin. Und zwar nicht nur eben in guter Absicht, sondern tatsächlich mit aller Entschlossenheit, an diesem Reformvorhaben zu arbeiten.

Dort, wo es sinnvoll ist, wird es natürlich auch zu weiteren Ausgliederungen und Privatisierungen kommen müssen. Auch da ist die gute Absicht, und mehr als das, in den Vereinbarungen festgeschrieben worden.

Zweitens: Weiters geht es um eine zweite – glaube ich – Restruktionsetappe für unsere Obersteiermark. Gerade auch die in diesen Wochen und Tagen wieder aufkeimenden, zum Teil harten Bedrängnisse in unserer Industrie in der Obersteiermark, auch in der Weststeiermark, unterstreichen das.

Denn nach den nachweislichen Erfolgen, die auch manchenmal unterschätzt werden, in der Umstrukturierung unserer Industrie und vor allem der obersteirischen Industrie Ende der 80er Jahre vor allem ist die Erstellung eines neuen Entwicklungsprogrammes für die Regionen der Mur-Mürz-Furche in den 90er Jahren sicher nötig.

Drittens müssen wir auch für das steirische Grenzland neue Initiativen setzen. Auch da ist die Bereitschaft der drei politischen Gruppierungen deutlich unterstrichen worden. Zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dieses Raumes, der durch die Veränderungen im Osten und Südosten Europas markant beeinflußt wird – gerade auch in den Zeiten dieser kriegerischen Auseinandersetzung sehr negativ natürlich, aber in der Hoffnung auf eine spätere friedliche Entwicklung ist auch das eine durchaus chancenreiche Region –, habe ich daher vorgeschlagen, daß wir gemeinsam mit dem Bund und mit den anderen Grenzlandbundesländern einen „Südost-Fonds“ schaffen, um diesen programmatischen Bemühungen auch die entsprechende finanzielle Basis zu geben.

Viertens: Oberstes Ziel der steirischen Agrarpolitik ist die Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft. Der neue Agrarlandesrat, Präsident Pörtl, selber ein praktizierender Bauer, wird dieses zu einem ganz besonderen Anliegen machen, und die nötigen Vorbereitungen für den Beitritt Österreichs zur EG in den neunziger Jahren sind gerade auch in diesem Bereich schwierig genug, müssen aber ge-

troffen werden und vor allem auch durch entsprechende maßgeschneiderte Förderungsmaßnahmen abgesichert werden: Direktzahlungen, Kostenentlastungen, Marketinghilfen, Ausbildungs-, Beratungs-, auch neue Förderungseinrichtungen.

Fünftens: Es gilt, alles zu unternehmen, um unsere Landeshauptstadt Graz, diese wunderschöne Stadt, unsere Landeshauptstadt, als geistiges, kulturelles, wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Zentrum im Südosten Europas noch attraktiver zu machen. Und wir haben auch in dieser Frage Übereinkunft erzielt, und ich trete mit Überzeugung für die Erstellung eines gemeinsamen Programmes für den Großraum Graz von Land, der Stadtgemeinde und den Umlandgemeinden für die wichtigsten Bereiche Verkehr, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ein, wobei wir natürlich auch die Mitfinanzierung des Bundes erreichen müssen.

Sechstens: In der Umweltpolitik geht es darum, das von Hermann Schaller, dem ich für sein jahrelanges und auch – ich sage das – aufopferndes Engagement besonders herzlich danke, so kompetent erarbeitete Ökoprogramm 2000 mit seinen konkreten Zielvorgaben für Müll, Luft, Wasser und Boden entschieden fortzusetzen. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Schaffung einer Umweltanstalt, um die steirische Umweltpolitik noch wirkungsvoller und schlagkräftiger zu gestalten. Hier gibt es bemerkenswerte Konzepte, ich bin überzeugt, daß es auch gelingen wird, in diesem Bereich zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen.

Siebtens: Im Interesse der bestmöglichen medizinischen und sozialen Betreuung werden wir verstärkte finanzielle Anstrengungen, insbesondere auch des Bundes, zur Spitalsfinanzierung und zur Pflegeversicherung einfordern müssen und das steirische Spitalsinvestitionsprogramm fortsetzen. Gesundheitsvorsorge und Hauskrankenpflege, vor allem auch Gesundheitsvorsorge, wie das die Präsidentin Kalnoky geradezu charismatisch in den letzten Jahren auch in diesem Hohen Haus immer wieder gefordert, aber nicht nur gefordert, sondern selbst auch vorgezeigt hat, und die Hauskrankenpflege sind meiner Überzeugung nach als besonders zukunftsorientierte und vor allem auch als menschliche Formen der Betreuung zu forcieren. Darüber hinaus hoffe ich, daß wir auch raschestmöglich einen Patientenanwalt als echten Ombudsmann oder als Ombudsfrau schaffen können.

Achtens: Im Verkehr gilt es, auch auf der Basis des steirischen Gesamtverkehrsprogrammes, die weitere Verbesserung der Verkehrsträger Straße, Schiene (Fern- und Nahverkehr) und Luft und damit eine noch bessere Anbindung an Europa zu erreichen und vor allem auch mit den Verkehrsverbänden und dem Verkehrsverbund Großraum Graz die Probleme des Verkehrs in hauptstädtischen und städtischen Ballungszentren erfolgreicher als bisher anzugehen und bewältigen zu können.

Neuntens: Die Position der Steiermark als mitteleuropäisches Kulturzentrum – diesen verpflichtenden Ruf haben wir insbesondere dem Wirken Hanns Korens und Kurt Jungwirths zu verdanken, in einem hohen Maß – ist weiter zu festigen und zu profilieren, wobei ich mir vorstellen könnte, daß die Vorbereitungen auf die 1000-Jahr-Feier in Österreich 1996 ein

entscheidender Beitrag zu einer modernen und in die Zukunft gerichteten Standortbestimmung an der Schwelle zum dritten Jahrtausend sein müßten, und nicht primär eine nostalgische, nach rückwärts gewandte Betrachtungsweise, sondern ein Impuls sozusagen auch im kulturellen Bereich in Richtung Zukunft.

Zehntens: Die Priorität von Wissenschaft und Forschung repräsentiert wesentliche Investitionen in unsere Zukunft. Sie sichert auch unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa und in der Welt von morgen. Ich freue mich, daß ein bedeutender steirischer Wissenschaftler als unabhängiger Abgeordneter auch unter uns ist, der langjährige und äußerst erfolgreiche Rektor der Montanuniversität, Prof. Jeglitsch, und ich wünsche auch meinem Kollegen, dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner, daß er in diesem Ressort erfolgreich sein werde. Die steirischen Bildungsinitiativen etwa zu den Fachhochschulen, zur Realschule, zur Alpen-Adria-Schule und zur Lehrlingsausbildung müssen entscheidend fortgeführt werden. Und ich sage auch ganz offen, finanzielle Anschläge des Bundes auf das steirische Bildungswesen muß man auch mit Entschiedenheit abwehren. Es ist vor allem auch ein steirisches Hochschulbausonderprogramm mit dem Bund auszuhandeln. Wir haben mit den Verhandlungen begonnen, um den wichtigsten Raumbedarf an den steirischen Universitäten zu sichern.

Elftens: Meine Damen und Herren, zukünftige Schwerpunkte in der steirischen Wohnbaupolitik werden eine Objektivierung der Wohnungsvergabe – ein besonderes Anliegen des neuen Landesrates Schmid, wie er immer wieder auch in den Verhandlungen und in den Abschlußverhandlungen gesagt hat –, die Fortführung der Programme und eine vergünstigte Rückzahlungsaktion bei den noch aushaftenden Darlehen sein, damit gezielter noch gefördert und die anspruchsvolle Bezeichnung sozialer Wohnbau mit Recht so genannt werden kann.

Zwölftens und abschließend in dieser Reihe der Schwerpunkte: Unsere Schritte in demokratiepolitisches Neuland, die wir begonnen haben, müssen fortgesetzt werden. Die Verhandlungen zur Landesverfassung sollten möglichst rasch abgeschlossen werden. In der Wahlrechtsreform geht es – glaube ich – um ein persönlichkeitsorientiertes Landtagswahlrecht, ein persönlichkeitsorientiertes Gemeinderatswahlrecht, wie es weithin gewünscht wird, sowie vor allem auch die Ermöglichung der Briefwahl bei Landtagswahlen und einen Vorstoß auf Bundesebene, die Direktwahl des Landeshauptmannes zu ermöglichen.

Ich habe es, meine Damen und Herren, in einer Reihe von Problemstellungen schon angesprochen: Wir werden in den nächsten Jahren seitens des Landes außerordentliche Kraftanstrengungen setzen müssen. Wir brauchen aber auch ganz entschieden das Engagement des Bundes in größerem Maß als bisher. Und grundsätzlich muß auch die europäische Föderalismusdiskussion eine wesentliche Stärkung der Länder- und Gemeinderechte in Österreich zur Folge haben. Eine tiefgreifende Umgestaltung des Bundesstaates mit einer Reform der Kompetenzverteilung und auch des Finanzausgleiches, den ich angesprochen habe, sind daher von entscheidender Bedeutung, wobei Länder

und Gemeinden zur bürgernahen Erfüllung ihrer Aufgaben ganz besonders geeignet sind. Auf allen Ebenen stellen sich neue Aufgaben, die auch unsere schöpferische Verantwortung fordern werden – im internationalen Umfeld, in Österreich und vor allem auch in unserer Steiermark.

Meine Damen und Herren, fünf Jahre mit einem hohen Maß an Arbeit liegen also vor uns vor dem Hintergrund vieler Probleme, vieler Gefährdungen, aber auch mit faszinierenden Perspektiven und ganz sicher auch mit neuen Chancen. Nützen wir sie für unsere Heimat und ihre Menschen, und lassen Sie mich ganz persönlich zum Schluß sagen:

Gehen wir aufeinander zu, bemühen wir uns um eine glaubwürdige Gemeinsamkeit, vor allem auch um eine herzliche Kultur der Solidarität und der Menschlichkeit! Dann werden wir vor unserem eigenen Gewissen und auch vor dem Urteil unserer Mitmenschen bestehen können. (Allgemeiner Beifall. – 11.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, herzliche Gratulation zur Wahl! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir vollzogen heute durch die Wahl der Landesregierung und des Landeshauptmannes im Landtag den letzten formalen Schritt auf Grund des Ergebnisses einer Landtagswahl, das die politische Landschaft der Steiermark entscheidend verändert hat.

Nach de facto 34 Jahren absoluter Mehrheit der ÖVP wird ein neues Kapitel in der steirischen Geschichte aufgeschlagen und ein neuer Anlauf zu mehr Vielfalt und Vielheit möglich. Neue Spannung ergibt sich auch angesichts der Jahrhundert- und Jahrtausendwende und gewaltiger Veränderungen in der Welt und in Europa, die für uns alle Chancen, Risiken und Herausforderung – wie gesagt – bringen wird. Und die letzten Wochen haben verstärkt gezeigt, daß unsere Bürger die kritische Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Bereichen suchen.

Wir haben zu prüfen, was an den bestehenden Zuständen erhaltenswert ist, was einer Reform bedarf. Änderungen sind stets notwendig, um sich nicht einer doppelten Gefahr auszusetzen, nämlich erstens an Zuständen festzuhalten, an die sich zwar etliche gewöhnt haben mögen, die aber andere nicht mehr akzeptieren, und zweitens an Zuständen und Vokabularen festzuhalten, die gestern ihre Richtigkeit gehabt haben mögen, die aber auf die Fragen von morgen keine Antworten mehr geben.

Der Bürger von heute will sich offenbar freier bewegen können und mehr auf die eigene Tüchtigkeit vertrauen. So wird insbesondere für junge und risikobereite Menschen der freie Zugang zu unternehmerischer Tätigkeit – was immer man darunter versteht –, zu Initiative also, für wichtiger erachtet als manche Absicherung.

Umgekehrt darf nicht übersehen werden, daß es immer stärker auch einen großen Bereich von Schutzbedürftigen gibt, bewegt sich doch unsere Gesellschaft zwar nicht mit unserem Willen, aber durch bestimmte

Dynamiken des Marktes zu einer Zweidrittelgesellschaft hin mit all den bekannten problematischen Folgen. Ich denke hier im besonderen an die älteren Menschen, an die ältere Generation, die diesen Staat mitaufgebaut und lebenswerter gemacht hat, aber auch an alle jene, denen Ausgrenzung, Nichtbeachtung und Vergessenheit drohen. Rund vier Wochen hat die Bildung dieser Landesregierung und die Ausarbeitung ihrer Arbeitsgrundlage in Anspruch genommen. Das ist, verglichen mit anderen Regierungsverhandlungen in der Nachkriegszeit, nicht viel. Noch wichtiger erscheint mir jedoch, daß diese knapp 30 Tage qualitativ sicher gut genutzt wurden, um ein Arbeitsprogramm zu erstellen, das in vielerlei Hinsicht eben einen Qualitätssprung aufweisen könnte. Erst nach Fertigstellung der sachpolitischen Grundlagen ist man darangegangen, die Frage der Zuständigkeiten anzusprechen und in einer abschließenden Phase die einzelnen Kompetenzen mit Personen zu verknüpfen. Also, ich glaube, die richtige Vorgangsweise. Ich bin überzeugt, daß sich dieses System in Zukunft durchsetzen und bewähren wird.

Durch die neuen Mandatsverhältnisse im Hohen Landtag wird das Landesparlament den Wählerwillen uneingeschränkt durch Gesetze, Anträge und vor allem auch durch Kontrollen und so weiter zum Ausdruck zu bringen haben. Mit der Ermöglichung größter parlamentarischer Spielräume wird auch die Chance geboten sein, alte, zum Teil erstarrte Strukturen der Politik selbst, aber auch der Verwaltung aufzubrechen.

Immerhin ist das freie Spiel der Kräfte mit wechselnden Mehrheiten auch ein Grundelement der Demokratie, wiewohl man absolute Mehrheiten natürlich selbstverständlich genauso zu akzeptieren hat. Wir werden in der künftigen Landtags- und Regierungsarbeit mehr Elastizität erreichen. Effizienzsteigerung der Verwaltung, vertrauensbildende Maßnahmen und die Konzentration von Anlaufstellen für den Bürger können Ausfluß und müssen Ausfluß dieser Entwicklung sein.

Umgekehrt, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses:

So sehr wechselnde Mehrheiten in Landtag und Landesregierung belebende Elemente sein können, muß uns klar sein, daß in einer Gesellschaft, in der Einzelinteressen ständig zunehmen und zum Teil sogar überhand nehmen, es zu unserer Aufgabe gehört, diese Einzelinteressen zusammenzuführen beziehungsweise mit den Gemeinschaftsinteressen zu harmonisieren. Dies wird, so meine ich, in manchen Bereichen überhaupt nur dann gelingen, wenn alle Kräfte dieses Landtages in solchen wichtigen zentralen Fragen Übereinstimmung erzielen. Ich denke hier insbesondere an die Fragen der Budgetkonsolidierung – völliges Einvernehmen –, an den Aufbau von Standorten in der Frage der Müllentsorgung – das wird einer allein nicht schaffen, meine Damen und Herren, auch nicht eine Fraktion, auch nicht eine große, auch nicht eine starke –, aber auch in außenpolitischen Orientierungen gilt das gleiche, und im speziellen etwa in der Frage der Ausländer und ihrer Behandlung. Konsensuale Haltung in existentiellen Fragen des Staates hat also auch ihren Wert, und wir sollten daran denken, genauso wie die angesprochene Zusammenarbeit zwischen allen Gebietskörperschaften und eine neue Gemeinsamkeit mit den Bürgern.

Die Probleme und die drängenden Fragen der Menschen in der Steiermark mögen sich immer wieder verschoben haben und das weiterhin tun – geringer geworden sind sie nicht. Wir erleben Dimensionen, die wir mit einer steirischen Kraftanstrengung allein nicht mehr werden bewältigen können. Außerdem gilt es, eine Reihe von Herausforderungen zu berücksichtigen, die sich vor relativ kurzer Zeit entweder überhaupt nicht oder nicht in dieser Form gestellt haben. An der ersten Stelle ist hier sicher die internationale Entwicklung zu nennen. Sie war zunächst, bestimmt durch die überfällige, aber in dieser Raschheit und Intensität doch überraschend gekommene Öffnung in Ost- und Mitteleuropa, eine neue Aufgabe mit gewaltigen Dimensionen.

Heute dominiert – schon angesprochen – vor unserer Haustür noch immer das Bürgerkriegsdrama in Jugoslawien, dem wir uns nicht nur nicht entziehen können, sondern auch nicht dürfen. Mit der Erklärung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien am 25. Juni dieses Jahres hat Jugoslawien in der Form, wie es 1918 unter dem serbischen Königshaus gebildet und 1945 auf kommunistischer Basis erhärtet – sage ich wirklich – worden war, zu bestehen aufgehört. Es wird in dieser Gestalt eben nicht mehr wiederbelebt werden können, welchen Lauf die Dinge zwischen Karawanken und steirischem Grenzland, griechischer Grenze und ungarischem Staatsgebiet auch weiter nehmen werden. Die Aufnahme von Slowenien und Kroatien in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten erfüllt uns mit Genugtuung, unsere volle Sympathie ist dort. Umgekehrt ergäbe sich jedoch auch aus einem Alleingang Österreichs in der Frage der Anerkennung die spezielle Verantwortung für diese Staaten in ihrem schwierigen Umgestaltungsprozeß, politisch und wirtschaftlich, was wir wahrscheinlich alleine nicht tragen können. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Staatengemeinschaft sind dringlichst aufgefordert, ihre passive Haltung aufzugeben – in politischer und in ökonomischer Hinsicht. Ich vermerke nur am Rande, weil es mir gerade einfällt: Manche Feinfühligkeit würde man aber von unseren Nachbarn in symbolischen Handlungen erwarten – und ich sage das auch in vollem Verantwortungsbewußtsein.

Wir müssen aber auch auf Grund des wirtschaftlichen und sozialen Ost-West-Gefälles insgesamt die anschwellenden Wanderungsbewegungen sehen, die man schon als „moderne Völkerwanderung“ bezeichnen könnte. Neben der Schutzbedürftigkeit jener Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden und für die wir uneingeschränktes Verständnis aufzubringen haben, gibt es aber auch Ängste, Befürchtungen und Anliegen der Menschen bei uns. Sie abzutun, wäre falsch.

Es gibt diese Ängste und Befürchtungen insbesondere in Hinsicht Arbeitsplätze und Wohnung etwa. Nur Aufklärung, vernünftiges, maßvolles Handeln und Standfestigkeit werden unsere Mitbürger dazu bringen, der Politik in dieser Frage zu vertrauen. Spielelemente sind das keine. Auch hier brauchen wir Gemeinsamkeit. Hierher gehören eben die gesamten Fragen auch wieder der Sicherheit, die heute wieder die Rolle spielt, die sie eigentlich immer gespielt hat, aber die sehr oft verdeckt war. Sehr lange war diese traditio-

nelle primäre Staatsaufgabe von den Aufgaben der Daseinsvorsorge überdeckt. Mit der Steigerung des Lebensstandards ist auch das Sicherheitsbedürfnis wieder in den Vordergrund gerückt, verfügen doch fast alle Menschen über persönliches Hab und Gut, das ihnen über das physische Schutzbedürfnis hinaus eben schützenswert scheint. Die angesprochenen Veränderungen in der Welt, besonders in Europa, haben hier auch neue Gefahren geschaffen und uns allen bewußt gemacht, wie wichtig Sicherheit und damit der Schutz unserer Menschen und unseres Staates sind. Gerade Exekutive, Bundesheer, aber auch alle unsere freiwilligen Organisationen spüren dieses Sicherheitsbedürfnis und geben uns auch Sicherheit. Wir haben daher auch klarzustellen – und das ist auch etwas, was wir gemeinsam tun sollten –, daß öffentliche Sicherheit ein Gut ist, das man nicht beliebig hervorholen und wieder wegstellen kann, und daß sie auch etwas kostet, insbesondere aber auch eine entsprechende Gesinnung.

Meine Damen und Herren! Zu den einzelnen Sachbereichen: Unser demokratisches System zeichnet sich dadurch aus, daß es nicht zentralistisch, sondern föderalistisch organisiert ist. Ich bekenne mich ganz besonders zu diesem Prinzip des Föderalismus und der Subsidiarität und sehe in diesen beiden Elementen einen wichtigen Baustein nicht nur für uns selbst, sondern für das künftige Europa. Europa kann und darf kein Europa der Konzerne, der Megainstitutionen, der fernen Bürokratie in Brüssel, kein Europa der Staatskanzleien sein, sondern es muß ein Europa der Bürger und ihrer Lebensinteressen sein, zum Teil werden. Ich habe daher bereits vor Wochen der Bundesregierung Vorschläge unterbreitet, die Länder im Integrationsprozeß und insbesondere bei den Verhandlungen mit EG und EWR in ein umfassendes Informations- und Mitwirkungsrecht einzubauen. Das Föderalismusprinzip darf aber nicht allein bei den Bundesländern aufhören. Wir können uns noch relativ gut gegenüber dem Bund – ich sage relativ gut – absichern, auch durch die normative Kraft der politischen Bedeutung der Länder nicht nur von der Verfassung her. Da sind wir eher zu schlecht ausgestattet, ich glaube, auch da besteht Einvernehmen.

Aber es geht vor allem um unsere Gemeinden. Ich glaube daher, daß eine noch zu installierende Gemeindekammer – oder wie immer man das nennt, es soll auch nichts Entgeltliches werden – die Rechte und Interessen der Gemeinden bei den Landtagen durch Begutachtungs- und Vetorechte in elementaren Fragen der Gemeinden selbst vertreten sollte und wir auch von der Landesseite her aufgerufen sind, nicht ständig neue Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen. In die Zeit bis 1996 fallen aller Wahrscheinlichkeit nach EWR und EG mit-all dem, was das bedeutet. Beide Vorgänge werden für die Rechtsordnung 70, 80 Prozent etwa Veränderungen bringen und für sämtliche gesellschaftlichen politischen Ebenen in unserem Land gewichtige Verschiebungen nach sich ziehen. Diesen Aufgaben wird sich daher die politische Führung unseres Landes gut vorbereitet zu stellen haben.

Dabei geht es um folgende vitale Interessen: Für die steirische Landwirtschaft hat ein EG-Beitritt sicher gravierende Folgen, weil unser Agrarsektor vorwiegend kleinere und mittlere gemischtwirtschaftliche

Betriebe hat, eine Steigerung der Produktivität dort unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich und aus ökologischen Gründen des Kreislaufes auch gar nicht wünschenswert ist. Der Bauer als Landschaftspfleger und Bewahrer ländlichen Kulturgutes muß ganz besonders innerhalb der harten EG-Agrarpolitik – und wir wissen, wie hart die ist – durch unsere eigene Volkswirtschaft geschützt werden. Ich habe entsprechende Vorschläge auch schon angedeutet, wie etwa Direktzuschüsse, Hilfen bei Steuerbegünstigungen oder über den Weg von Steuerbegünstigungen, aber auch etwa eine Korrektur der Pensions- und Krankenversicherungsfragen und -beiträge, und beim Bund deponiert.

Ein weiterer Punkt: Die Frage der Überfremdung unserer Heimat durch den Ausverkauf von Grund und Boden der EG-Bürger wird eine zentrale Frage nach dem EG-Beitritt sein. Die Steiermark mit einem hohen Freizeit- und Erholungswert – ich würde sagen, in Europa einmalig, so etwas gibt es ja nicht, das ist ja unser größtes Kapital, das wir überhaupt haben – ist schon jetzt von Bodenspekulation und einer hohen Steigerungsrate bei Grundstückspreisen bedroht, um das noch vorsichtig auszudrücken. Wir werden daher vom Bund nicht nur seinerseits entsprechende Vorkehrungen verlangen, sondern auch eine Landeskompetenz, die spezifisch unsere Probleme dazu regeln kann, wobei mir das dänische Beispiel besonders gut gefällt, wo eben Langzeitpräsenz die Voraussetzung dafür ist, um überhaupt Liegenschaften erwerben zu können.

Auch der Verkehr gehört zum Problemgebiet. Es ist erfreulicherweise dem Minister Streicher gelungen, ein international beachtliches Transitabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften abzuschließen. Sie wissen das. Dieser Abschluß hat natürlich auch für die Steiermark Bedeutung. Ist doch auch bei uns in Zukunft mit einem gewaltigen Anwachsen des Straßengüterverkehrs zu rechnen. Künftige Europaverbindungen über Berlin-Prag-Linz oder Warschau-Budapest-Wien in die Steiermark werden die Verkehrsproblematik ungemein verschärfen. Wir haben aber auch – umgekehrt ökonomisch gedacht – an die Konkurrenzsituation zu denken, wenn es von Italien aus Überlegungen gibt, in Zukunft verstärkt über Slowenien in Richtung Budapest, Krakau und Lemberg zu kooperieren. Es ist daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, hoch an der Zeit, die Weichen zu stellen und die Bahnkapazität in Richtung Wien, Salzburg und Linz stark zu erweitern, um der EG eine Alternative für den Straßengüterverkehr anzubieten. Daher trete ich auch ganz massiv für den raschen Baubeginn des Semmeringbasistunnels und die Realisierung des Koralmtunnels ein – wir werden beides brauchen –, damit auch für die Zukunft der Ausbau des kombinierten Güterverkehrs verstärkt möglich sein wird.

Zur Wirtschaft: Die Steiermark liegt bei den wirtschaftlichen Daten und der wirtschaftlichen Entwicklung und bei den Einkommen weder international noch national im Vorderfeld. Leider – ganz im Gegenteil –, Sie kennen die Zeitungsberichte von gestern. Notwendig ist daher eine genauere Analyse, um darauf aufbauend Ziele und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen zu können. Erst dann können mit entsprechender Wirtschaftskompetenz konkrete Maßnahmen ergriffen

werden. Unsere Problemgebiete sind unzweifelhaft das Grenzland, das obersteirische Industriegebiet, aber auch benachteiligte Seitentäler praktisch querfeldein im ganzen Land. Die verstaatlichte Industrie ist Bestandteil unserer obersteirischen Wirtschaft, vor allem dort. Wer glaubt, daß es insgesamt ohne industrielle Zentren geht, oder wer überhaupt vermeint, daß Produktion etwas ist, worauf unsere Gesellschaft verzichten könnte, der täuscht sich grundlegend. Natürlich gehen wir in die Dienstleistungsgesellschaft, aber wir werden auf Produktion nicht verzichten können, weder im landwirtschaftlichen Bereich, also in der Urproduktion – wie man so schön sagt –, noch im Sekundärsektor. Eine optimale Betriebsgrößenstreuung gehört ebenfalls zu den längst wissentlichen Erkenntnissen der Ökonomie. Wir brauchen also industrielle Zentren, ob privat oder verstaatlicht, und wir brauchen rundherum die in Wirklichkeit auch in der Konjunkturpolitik, im Konjunkturablauf so wichtigen Mittel- und Kleinbetriebe, Handwerk, Gewerbe.

Diese optimale Streuung und diese Formen der Dezentralisierung sind immer wieder aufs neue herbeizuführen und zu ermöglichen. Gerade im Wirtschaftsförderungsbereich sehe ich für die Zukunft den Pfad weg von der Arbeitsplatzprämie hin zur Strukturprämie – um das als Schlagwort zu sagen – als logische Konsequenz aus dem, was ich gesagt habe. Auch die Gewährung von Risikokapitalhaftung bei Neugründungen sowie die Schaffung von Technologie- und Gründerzentren für Jungunternehmer unter Bereitstellung von Betriebsanlagen, die schon da sind, Verwaltungen und Organisationseinrichtungen, die auch schon da sind zum Teil, muß verstärkt werden. Ich denke an die „Pay-out-Konstruktionen“. Das Zulassen zu unternehmerischem Handeln ist aber wohl eines der vordringlichsten Anliegen. Wir brauchen hier noch mehr Freiheit. Das Land selbst soll sich in Wirtschaftsförderungsfragen auch unternehmerisch betätigen; durchaus Neues beginnen, helfend einsteigen, aber nach Bewältigung der Anlaufprobleme sich neuen Aufgaben zuwenden und das Wirtschaften dann denen überlassen, die ohnedies den Anfang geschafft haben. Man kann dann durchaus auch mit guter Beteiligung wieder aussteigen, auch mit Lukrierung dieser Beteiligung, und sich mit diesen Mitteln neuen Initiativen zuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Humankapital ist die wichtigste Ressource, die wir zur Verfügung haben. Den stärksten Schub nach vorne werden wir dann erleben, wenn wir unser Ausbildungssystem gerade im Zusammenhang auch mit den Lehrlingsberufen verbessern. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems würde Talente entdecken helfen und Chancen für den einzelnen eröffnen, aber auch insgesamt die größte Produktivitätssteigerung für unsere Wirtschaft ermöglichen. Ich sage es so dazu: Wir wenden für den Bereich des Suchens und Findens von Talenten viel zu wenig auf, und dies beginnt, wie wir alle wissen, zu einem Zeitpunkt, den man früher nicht vermutet hätte, nämlich im Kindergarten, und setzt sich über das gesamte Ausbildungssystem durch. Wer weiß schon – mit sechs sowieso nicht –, aber wer weiß schon mit vierzehn, fünfzehn oder auch noch mit achtzehn Jahren, wo seine wirklichen Talente liegen? Wir haben hier die Verpflichtung, diese Zulässigkeit zu

ermöglichen, und wir haben die Verpflichtung, diese Talent- und Kreativitätssuche stets fortzusetzen und zu ermöglichen. Um wieder mehr Jugendliche für Lehrberufe zu gewinnen, wird es auch erforderlich sein, die Arbeitszeit und finanzielle Fragen, ich denke an die Lehrlingsfreifahrten, die Entlohnung, neu zu regeln und Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, mit steuerlichen Erleichterungen zu belohnen. Das gehört natürlich auch dazu. Auch die Aufstiegschancen für den einzelnen sind neben den pekuniären Fragen die stärksten Motive zur Bildung und Weiterbildung, die wir so dringend brauchen. Vom Lehrling zum Meister, zum Ingenieur, zum Absolventen einer Fachhochschule, sie wurde auch angesprochen, und ich stehe hier ebenfalls voll dahinter, mag es ein weiter Weg scheinen, aber in Wirklichkeit sollte das durch Leistung und Willen des einzelnen nicht nur ermöglicht, sondern mit allen Mitteln begünstigt werden.

Im Bereich Umwelt und angesichts ständig wachsender Müllberge besteht ein enormer Handlungsbedarf. Ich bezweifle nicht, daß in einzelnen Umweltbereichen in den letzten fünf Jahren durchaus bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden konnten. Aber das ständig wachsende Problem der Abfall- und Müllentsorgung hat sich unter den vom Land vorgegebenen gesetzlichen Bestimmungen, wir haben damals dagegengestimmt, Sie wissen das, als nicht lösbar erwiesen. Vor allem die Gemeinden sind überfordert und fühlen sich alleingelassen. Ich bin überzeugt, daß es unerlässlich sein wird, daß das Land die Erstverantwortung in der Abfallbewirtschaftung übernimmt. Die Sorgen reichen von den Bezirken Radkersburg, ich sage Halbenrain, über den Bezirk Hartberg (Sankt Johann), Graz und Graz-Umgebung als Sonderfaktor auch mit der ungleichen Gewichtsverteilung und Mengen- und Tonnagenverteilung und der Last für einen Bezirk, nämlich Graz-Umgebung, und setzen sich in Wirklichkeit fort bis hinauf nach Murau. Vieles, was als gelöst erscheint, ist bei näherem Besehen durchaus noch im Konfliktstadium. Und wir wissen, was das heute bedeutet. Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller hat sich oft zu Recht unverstanden gefühlt und ist im Streit der Einzelinteressen, die ich schon am Anfang erwähnt habe, glaube ich wirklich, aufgerieben worden. Die von ihm selbst einbekannte Dünnhäutigkeit, die ich so überaus sympathisch finde, ich sage das wirklich so, für einen Politiker, wir sollten nicht dickhäutig werden, hat ihn zum Rückzug bewogen. Sein ehrliches Bemühen, sein ungeheurer Fleiß und seine Anständigkeit seien bedankt! (Allgemeiner Beifall.)

Kein Thema beschäftigt die Menschen heute offensichtlich mehr als die Fragen des Verkehrs. Ich habe es schon angeschnitten. Deshalb steht die Verkehrspolitik angesichts der auch gewachsenen Massenverkehrsmöglichkeiten des Individualverkehrs vor einer ungeheuren Steigerung desselben, der nicht zu Ende zu kommen scheint. Außerdem setzen sich Millionen in Bewegung, und wir haben dieser Herausforderung zu begegnen. Zweifellos spielt der Verkehr in unseren Städten, dies wurde angesprochen, und entlang der Transitrouten eine entscheidende Rolle für Umwelt und Lebensqualität. Nicht aber die vordergründige Ächtung des Individualverkehrs wird die Lösung sein, sondern die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel und die Forcierung des kombinierten Verkehrs,

vor allem im Interesse Tausender Pendler. Klare Prioritäten für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und ordnungspolitische Maßnahmen für eine integrierte, ökologisch ausgerichtete und sozial verträgliche Verkehrspolitik haben in der Vergangenheit einfach gefehlt. Dies zeigt sich insbesondere im Fehlen funktionierender Verkehrsverbände in der Großregion Graz und natürlich auch Umgebung und in der Obersteiermark und eine Verbindung derselben Zentralräume durch Schnellbahnsysteme und Verlagerung von Straße auf Schiene.

Für uns sind Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik immer von größter Bedeutung gewesen und sind es weiterhin. Jüngste Diskussionen über die Hygienezustände in unseren Spitälern haben drastisch verdeutlicht, daß veraltete Bausubstanzen in 100 Jahre alten Spitälern eine Generalsanierung und einen Generalausbau erforderlich machen. Ein von der steirischen Spitalsgesellschaft erstelltes Investitionsprogramm hat bereits einen Investitionsrückstau von 13 Milliarden Schilling zum Inhalt. Wir haben über die Budgetkonsolidierung gesprochen, meine Damen und Herren. Ich glaube daher, daß sofortige umfassende Investitionen auf unkonventionelle Art notwendig sind, da eine Sonderfinanzierung aus dem Landesbudget nicht zu erwarten ist. Ich möchte gleichzeitig erinnern, daß die meisten steirischen Landesspitäler in einer echten Gründerzeitperiode, also etwa Ende des vorigen Jahrhunderts und bis etwa 1912 in diesem Jahrhundert, errichtet wurden. Diese Epoche kann als Vorbild bezeichnet werden, haben davon doch mehrere Generationen ihren Nutzen gezogen, und dort setze ich wieder an. Daher halte ich es auch für legitim, die notwendige Finanzierungslast wieder auf mehrere künftige Generationen aufzuteilen, ohne zu verschweigen, daß letztlich immer alles der Bürger zahlt. Geringere Preissteigerungen und ein rasches Bauen und damit eine sofortige Nutzung hätten jedoch positive Effekte, und durch die Verschiebung der Lasten auf die Generationen würde das auch einem Intergenerationenausgleich entsprechen. Letztlich stellt sich aber auch die Notwendigkeit einer generellen Neuordnung unseres Krankenversorgungssystems bei Trennung der derzeitigen Akut- und Pflegebereiche. Die so oft eingemahnte und dringend notwendige Pflegeversicherung könnte die ärztliche Versorgung der Bedürftigen bei Belassung in der jeweiligen Umgebung ermöglichen, was ja wohl auch zum Wohlbefinden beiträgt und gleichzeitig ein gewaltiges Einsparungspotential erbringt.

Der derzeitige Zustand der steirischen Kultureinrichtungen entspricht nicht mehr dem internationalen Standard. Obwohl ich die übers Jahr laufenden Aktivitäten, zum Beispiel „herbst“, in seinen Intentionen und Auswirkungen nicht schmälern, sondern hervorheben will, muß ich doch sagen, daß wir neue kulturpolitische Initiativen notwendig haben. Noch, und ich sage, noch interessiert sich die internationale Kulturberichterstattung, das deutschsprachige Feuilleton für Graz und die Steiermark. Aber angesichts der dynamischen Entwicklung anderer österreichischer Städte beziehungsweise Länder droht die Steiermark, und Graz vor allem, zurückzufallen. Und das wollen wir ja alle gemeinsam nicht. Da unser Land jedoch über ein überaus kreatives, umfassendes und vielseitiges Kul-

turpotential verfügt, habe ich verschiedene Forderungen und Vorschläge gemacht, die man natürlich diskutieren kann und dafür oder auch dagegen sein kann. Aber sie sind angerissen, organisatorisch. Die Möglichkeit, wenigstens Abstimmungen für mehr Effizienz und für längerfristige Planungen herbeizuführen, denn wenn es wahr ist, daß die Problematik sich in Räumlichkeiten dann wiederfindet, weil der eine gerade etwas spielt, während der andere dort hinein will, dann ist das eine begründete Sache, über die man nachdenken muß. Ich denke aber vor allem an die Errichtung eines internationalen Kulturzentrums in Graz und an die Schaffung einer kulturellen Denkfabrik der Kunstschaffenden selbst bitte, nicht von uns, wo wir uns den zukunftsweisenden Fragen zuwenden können. Ich teile aber absolut die Auffassung des Herrn Landeshauptmannes, wenn ich sage, auch ich verspüre, daß wir in der gesamten Kunst- und Kulturszenarie einen sehr stark überdimensionierten retrospektiven Teil erkennen müssen. Und daß eigentlich diese Zukunftsvorstellung, wie sie auch angesprochen wurde, auch mir zum Teil fehlt, und es wäre notwendig, dieses weder zu reglementieren noch anzuschaffen, aber im besonderen Maße zu ermöglichen, auch wenn man nicht weiß, was dabei herauskommt, auch wenn man dabei Risiken eingeht. Daher sage ich, natürlich bietet die kulturelle Landschaft immer nur das, was tatsächlich vorhanden ist. Dieses Gewähren und Handelnlaffen ist wohl das Wichtigste, und natürlich auch das dazu ermöglichen, auch die prekuriäre Seite spielt eine Rolle.

Prof. Kurt Jungwirth ist einem ganz großen Mann nachgefolgt, nämlich Hanns Koren. Er mußte in diese Aufgabe hineinwachsen und hat letztlich vieles ermöglicht und, wie ich glaube, nichts behindert. Für sein Engagement darf ich namens meiner Fraktion herzlichen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Die großen Leistungen der hohen Schulen der Steiermark, die weit über das Land hinausstrahlen, sind Ansporn, auch über neue wissenschaftspolitische Impulse nachzudenken. Ich denke dabei an Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft, Wirtschaft und Ökologie, kurzum an eine neue interdisziplinäre Wissenschaftsbetrachtung und Forschung, die mehr in gesamtheitlichen Bildern operiert und denkt. Ich glaube, daß die Monokausalität, auf die wir alle gedrillt sind und unser Ausbildungssystem ausgerichtet ist, Herr Professor, weder in der Theorie noch in der Praxis in unserer heutigen Welt weiterführend sein kann. Der unbehinderte Zugang zu den Universitäten als Bildungswert für sich muß selbstverständlich bleiben. Wir haben aber die Verpflichtung, darauf hinzuweisen, daß dieser Bildungswert per se keinen Anspruch auf berufliche Karriere bedeutet und von uns auch nicht garantiert oder angeboten werden kann. Diese Verpflichtung, das den jungen Menschen zu sagen, haben wir.

Das Wohnen ist zu teuer geworden. Viele klagen über explodierende Miet- und Wohnkosten, vor allem auch jüngere Menschen. Was wir heute brauchen, sind erschwingliche Wohnungen. Der Bedarf an Wohnraum wird in den nächsten Jahren stark ansteigen, auch durch die Qualitäts- und durch die Größenerweiterung, also qualitativ und quantitativ. Immerhin braucht die Steiermark in den nächsten Jahren mindestens 10.000 neue Wohnungen. Allein in der Stadt Graz sind 12.000

Wohnungsuchende vorgemerkt. Ich habe in der Öffentlichkeit Vorschläge über eine Neuorganisation und die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln gemacht und danke dem ehemaligen Wohnbaureferenten, daß er meinen Vorschlag aufgegriffen und für diesen Herbst bereits eine bevorzugte Rückzahlungsmöglichkeit von Wohnbaurdarlehen angekündigt hat. So wird es zweifellos möglich sein, einige Milliarden zusätzlicher Mittel für den steirischen Wohnbau zu gewinnen. Wenn wir zu mehr sozialem Wohnbau kommen, ein Anliegen des Kollegen Schmid in ganz besonderem Maße, so werden wir auch bei den Bürgern wieder mit der Wohnbaupolitik eher ankommen und mehr Verständnis finden, als dies heute der Fall ist. Denn heute – ich sage es einmal volkstümlich – ist es so, daß der Tag der Schlüsselübergabe noch der Tag der Freude ist, der Tag der ersten Rechnungen und Abrechnungen ist es dann nicht mehr. Auch dafür haben wir zu sorgen. Und das ist ein ganz, ganz wichtiges Vorhaben, das Kollege Schmid hier aufgetragen bekommen und sich auch selbst dazu bereiterklärt hat.

Nur wenn es gelingt, auf unkonventionelle Art neue finanzielle Mittel für den Wohnbau, für die Spitäler und Gesundheitseinrichtungen aufzutreiben, wird die Landesregierung den Weg der Budgetkonsolidierung fortsetzen oder sagen wir besser, erreichen können, denn eine solide Budgetpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für die Beibehaltung unserer binnenwirtschaftlichen Stabilität, also unserer eigenen steirischen Stabilität. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem ausscheidenden langjährigen Finanzreferenten Dr. Christoph Klauser meinen besonderen Dank und meinen Respekt bekunden. Dr. Klauser war in den vergangenen Jahrzehnten bemüht, einer Budgetpolitik der Sparsamkeit den Vorrang einzuräumen. Das Zerbudgeting, also die Nullbudgetierung, geht auf ihn zurück und wird auch in Zukunft ein wichtiges Ziel dieser Landesregierung sein. Nochmals herzlichen Dank dir, lieber Christoph Klauser. (Allgemeiner Beifall.)

Natürlich setzt die angestrebte Budgetverbesserung auch voraus, daß die strukturellen Reformmaßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes fortgeführt und verstärkt werden. Der Abbau der Bürokratie wird jedenfalls im Mittelpunkt stehen müssen. Bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Leistungen sind durchaus darauf zu überprüfen, ob sie entbehrlich sind beziehungsweise ob sie nicht auch von Privaten – aber das muß dann schon so sein – gleichwertig oder nicht besser gemacht und erbracht werden könnten. Daneben wird sich der öffentliche Dienst in Hinkunft noch stärker in den Bereichen, in denen er sein muß und wo wir auch dazu stehen, darum zu kümmern haben, sozusagen alte Hüte auch beiseite zu legen. Aber wir sind umgekehrt verpflichtet, zeitgemäße Organisationsformen und bestmögliche technische Ausstattung zu garantieren. Das ist nicht überall der Fall. Da kommen die Beamten tatsächlich in einen Konkurrenzkampf mit der Privatwirtschaft, der unzuverlässig ist, weil sie eben auch kein Material vorfinden, das man braucht, um arbeiten zu können. Und ich sage auch, wir brauchen Vertrauen in ein Beamtentum und wir müssen es ihnen geben, um die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Wir haben kein System der politischen

Beamten, wir wollen dieses auch nicht. Ich stehe zum Berufsbeamtentum, denn es ist die einzige Form, in der es eine Garantie für Rechtsstaatlichkeit in jedem Fall gibt. Wenn wir den Beamten daher vertrauen, werden sie uns das mit Rechtsstaatlichkeit belohnen, und das belohnen uns wieder die Bürger, die sich ordentlich und eben gesetzestreu behandelt fühlen.

Mit der Bestellung von Spitzenbeamten auf Zeit haben wir auch ein Zeichen gesetzt, daß Führungspositionen etwas sind, das man nicht auf Lebzeiten haben kann. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen – sind hier absolut einer Meinung – und das dorthin auszudehnen haben, wo sich das als zweckvoll ergibt.

Um all das durchsetzen zu können, brauchen wir in unserem Land sehr viel Kraft und Kreativität, Mut und Durchsetzungskraft in der Politik. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode sehr viel – glaube ich – in diesem Landtag beigetragen. Wir werden uns auch in Zukunft in diesem Sinne durch Anträge und dergleichen mehr bemühen. Die wirkliche Arbeit geschieht ja nicht nur in diesem Forum, sondern in den Ausschüssen, in den legislativen Bereichen, in den Kontrollbereichen.

Das Leben unserer Landesbürger spielt sich schließlich überwiegend in den Gemeinden ab. Sie sind jene Stätten des Arbeitens, Wohnens und der Freizeit, wo sich auch die Lebensinteressen der Menschen am deutlichsten widerspiegeln. Gemeinden sind überschaubar, und was passiert ist auch überprüfbar. Das ist die Begegnungsstätte des Staates mit den Menschen, und wie die Gemeinde aussieht, so beurteilt auch das höhere Gemeinwesen. Und ich sage auch als Gemeindeferent, die Probleme in unseren Gemeinden sind vielfältig und ständig zunehmend. Auch die Gesetzgebung in den Gebietskörperschaften, das Land nicht ausgenommen, trägt manchmal dazu bei, daß neue unbekannte, nämlich wirklich vorerst einmal unbekannte finanzielle Notwendigkeiten auftauchen und ihre Dimensionen erst klar werden, wenn die Gesetze beschlossen sind. Da sollten wir wirklich aufpassen. Wir müßten uns den Zwang nicht nur der Bedeckungsvorschläge einführen, sondern auch wirklich die Nutzen- und Kostenanalyse und die Folgekostenanalyse in Zukunft sehr genau nicht nur überlegen, sondern uns selbst bindend verpflichten.

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Wissen um die schwierige und umfassende Problematik, aber auch der vielen Möglichkeiten unserer Heimat sind wir nach den zwar harten, aber fairen und menschlich anständigen Regierungsverhandlungen auch diesmal wie bisher bereit, die Hand zur Zusammenarbeit aller im Landtag vertretenen Parteien zu reichen. Wir haben das heute demonstriert, auch bei der einstimmigen Wahl des Herrn Landeshauptmannes. Wir sind damit zu einer Aussage gestanden, die längst vor der Wahl gemacht wurde, daß der Vertreter der stimmenstärksten Partei der erste Kandidat für diese Position sein soll. Und ich habe auch immer dazu gesagt, wenn das Dr. Josef Krainer sein wird, dann ist das für uns keine Frage. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, dieses Votum als Beweis unserer demokratischen Haltung, als unser Bekenntnis zur Zusammenarbeit zum Wohle unserer steirischen Heimat und der Menschen, für die wir auch in Zukunft unser Bestes geben wollen, nehmen, so freue ich mich und danke Ihnen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend, über den tagespolitischen Anlaß hinaus, ein paar grundsätzliche Bemerkungen über das Selbstverständnis von Politik und Politikern. Vieles, was hier in diesem Haus geschah und geschehen wird, ist besser und von größerer Bedeutung, als dies in der Öffentlichkeit manchmal erscheint. Es liegt nicht nur an jenen, die unsere Arbeit darstellen, wenn wir in den Augen der Öffentlichkeit schlechter dastehen, als dies der Realität entspricht. Es liegt auch an uns selbst. Vermeiden wir, bei aller Härte der inhaltlichen Auseinandersetzung, persönliche Beleidigungen, persönliche Attacken und Untergriffe. Das wird nicht nur uns allen selbst, sondern dem Ansehen von Politik ganz allgemein schaden und hat schon geschadet. Bekennen wir uns dazu, daß Politik Gestaltung heißt. Das bedeutet aber auch, daß wir unser eigentliches Engagement nicht auf Nebenschauplätze verlegen. Kümmern wir uns um das, was wirklich wichtig ist, nämlich was die Menschen bewegt. Die Sorgen und Ängste, die Wünsche und Hoffnungen, die Chancen unserer Mitbürger müssen der Maßstab dafür sein, was für unsere Arbeit wichtig ist. Zeigen wir Mut zur Gestaltung, zeigen wir Mut zur Verantwortung. Wir können vieles im Interesse der Menschen unseres Landes erreichen, wenn wir auch Mut zu Unbequemem und Unpopulärem zeigen. Die Menschen sind mündiger geworden und verstehen dies. Die Bürgerinnen und Bürger sind kritischer, aber auch zu sich selbst. Sie messen uns nicht an unseren Worten, sondern an unseren Taten. Mit dem Ergebnis der Regierungsverhandlungen haben alle Verhandlungspartner Augenmaß, Verantwortungsbewußtsein und den Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit bewiesen, entsprechend dem Wahlergebnis. Mit diesem Verhandlungsergebnis und der nunmehrigen Aufteilung von Kompetenzen und damit auch Verantwortung haben wir ein demokratisch fundiertes Element und Fundament geschaffen. Es liegt an uns, auf diesem Fundament aufzubauen. Es liegt an uns, diese Chancen zu nützen. Alles für die Steiermark! Herzliches Glückauf! (Starker allgemeiner Beifall. – 11.58 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich nochmals dringend darauf hinweisen, daß das Betreten des Sitzungssaales nur den Vertretern der Medien in Ausübung ihres Berufes und selbstverständlich den Abgeordneten, die gewählt sind, und den Regierungsmitgliedern gestattet ist. Ich darf dringend jene, die nicht dazugehören, ersuchen, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich darf dringend darum bitten!

Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident!

Auch ich gratuliere Ihnen zur Wahl. Hohes Haus, meine Damen und Herren, ebenfalls Ihnen die Glückwünsche, und auch den Kollegen auf der Regierungsbank meine Gratulation. Wir haben jetzt, wie ich glaube, sehr ausführlich und sehr eindrucksvoll von Herrn Landeshauptmann und von Herrn Landeshauptmannstellvertreter die Ziele dieser steirischen Politik, wie sie in den nächsten Jahren letztlich unsere Aufgabe sein sollen, die Ziele, die wir erfüllen sollen,

dargelegt bekommen. In den vergangenen Wochen, in den vielen Verhandlungen, die wir mit beiden Parteien geführt haben, hat auch unsere Partei, unsere Freiheitliche Partei, in vielen Punkten bereits konstruktive Vorschläge eingebracht. Und es sind diese von uns eingebrachten konstruktiven Vorschläge auch schon sehr eindrucksvoll und für mich sehr bemerkenswert in die verschiedenen Erklärungen eingegangen. Und diese unsere Partei, meine Freiheitliche Partei, hat eine historische Chance bekommen, jetzt nach dieser Wahl, wo wir erstmals in der Landesregierung vertreten sind, hier entscheidend mitzuarbeiten. Es hat mich überrascht, und es hat mich freudig überrascht, daß hier die Bereitschaft der bisherigen Regierungsparteien wirklich groß war, unsere Partei in diese Arbeit miteinzubeziehen. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, die Steiermark ist doch anders. In Anspielung auf das Ergebnis von Oberösterreich, wo man zunächst nach den Landtagswahlen in der Steiermark – vor den Landtagswahlen in Oberösterreich – gemeint hat, Oberösterreich ist anders. Nach den Wahlen hat man gemeint, Oberösterreich ist doch nicht anders. Ich sage jetzt, die Steiermark ist anders, und ich bedanke mich in diesem Zusammenhang bei beiden Parteien in der Regierung, daß hier unsere Partei die Möglichkeit bekommen hat, diese große Verantwortung zu übernehmen. Und ich möchte auch gleich dazusagen, wir übernehmen sie gerne. Es ist vor allem auch eine Aufgabe, auf die ich mich persönlich freue. So zum Beispiel auf die Aufgabe des technischen Umweltschutzes, wo ich hoffe, den ebenfalls neu eingetretenen Landesrat, meinen Kollegen Pörtl, ausgiebig unterstützen zu können. Besonders freue ich mich natürlich als Architekt, als ehemaliger Architekt, ich muß leider Gottes meinen Beruf mit Annehmen dieses Amtes ruhen lassen, auf die Bereiche steirische Raumordnung und steirischer Wohnbau, wo ich seit Jahren sehr viel Erfahrung gesammelt habe und mir sicher bin, daß ich auch sehr viel Erfahrung werde einbringen können. Es ist heute auch schon erwähnt worden, daß dieser soziale Wohnbau wieder zu seinen ursprünglichen Formen und zu seinem herkömmlichen Begriff zurückkehren muß, da einfach die Mittel nicht unbeschränkt vorhanden sind und wir hier doch in einer sehr großzügigen Art und Weise soziale Wohnbaugelder vergeben. Wir müssen wieder dazu finden, daß wir den vielen Wohnungsuchenden, den vielen jungen Menschen, die sich Wohnungen in einem sehr kostspieligen Ausmaß nicht leisten können, die Chance und die Möglichkeit geben, sich selbst wohnversorgen zu können. Und es werden sehr große Möglichkeiten im Bereich der Raumordnung vorhanden sein, um ebenfalls zu einer kostengünstigeren Form des Wohnbaus zu kommen. Ich hoffe, daß ich hier Unterstützung der Parteien habe und daß ich hier meine Erfahrung einbringen kann.

Und wenn heute schon das freie Spiel der Kräfte erwähnt wurde, das zukünftig hier in diesem Haus herrschen wird, da möchte ich diesen Ausdruck etwas modifizieren. Ich würde sagen, es ist das freie Spiel der Demokratie. Nicht das freie Spiel der Kräfte in dem Sinne, daß wir hier nicht wissen, wie eine Abstimmung ausgehen wird, daß wir hier nicht wissen, wo unsere politischen Ziele sind. Und ich bin mir sicher, daß durch diese viele Verantwortung, die wir bekommen haben, unsere Partei in diesen Bereichen eingebunden

ist und in jedem Fall einschätzbar bleibt. Es bedeutet für mich diese Dreiparteieneinigung keine Koalition im Sinne einer Abstimmungsmaschinerie. Es bedeutet für mich ein Zusammenarbeiten, und es bedeutet die Bereitschaft unsererseits, in allen Punkten, wo wir unterstützend sein können, auch zu unterstützen. Aber ich bin mir sehr bewußt, und das ist für unsere, für meine Abgeordneten sehr wichtig, daß wir als zusätzliche Aufgabe in diesem Haus – als kleine Fraktion, nicht mehr ganz so klein, aber doch noch kleinste Fraktion – die Aufgabe der Kontrolle haben. Und wir werden hier die Kontrolle in diesem Landtag und auch gegenüber der Landesregierung sicherlich in dem Ausmaß, mit dem der Wähler uns beauftragt hat, durchführen. Es ist eine interessante Aufgabe und zugleich reizvolle, einerseits Regierungspartei zu sein, andererseits Kontrollpartei zu sein. Ich bin mir sicher, daß der Wähler, der steirische Wähler, der dieses Kräfteverhältnis in diesem Haus und in dieser Regierung geschaffen hat, eine sehr gute Wahl getroffen hat.

Wir werden entsprechend dem Votum der steirischen Wähler unsere Leistung einbringen. Ich bin mir sicher, daß wir alle gemeinsam, auch die beiden großen Parteien, unsere Bürger nicht enttäuschen werden. Glück auf!

Präsident: Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt kommen wir zur Wahl der Landtags-Ausschüsse.

Gemäß Paragraph 18 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 und Paragraph 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages werden zur Vorbereitung der Verhandlungsgegenstände Ausschüsse gewählt, wobei der Landtag von Fall zu Fall die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder und die Verhältniszahl, nach der die Wahl vorzunehmen ist, bestimmt.

Ebenfalls im Einvernehmen mit der Klubobmännerkonferenz schlage ich die Einsetzung folgender Ausschüsse vor:

Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Europäische Integration und Föderalismus:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Finanzen:

15 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sieben ÖVP zu sechs SPÖ zu zwei FPÖ.

Gemeinde-Ausschuß:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Kontroll-Ausschuß:

15 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sieben ÖVP zu sechs SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Petitions-Ausschuß:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Sozial-Ausschuß:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

15 Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis sieben ÖVP zu sechs SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Ausschuß für Wissenschaft und Neue Technologien:

Elf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder im Verhältnis fünf ÖVP zu vier SPÖ zu zwei FPÖ.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesen Vorschlägen zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum eigentlichen Wahlvorgang:

Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Glössl Heinz-Johann, Grillitsch Fritz, Kanduth Richard, Ing. Kinsky Hans, Tasch Kurt.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Cortolezis Candidus, Dr. Frizberg Gilbert, Ing. Löcker Hans, Dr. Maitz Karl, Purr Reinhold.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Gennaro Kurt, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Heibl Otto, Vollmann Karlheinz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Erlitz Wolfgang, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Schleich Franz, Schrittwieser Siegfried.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Ebner Manfred, Köhldorfer Gerhard.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Weilharter Engelbert, Schinnerl Peter.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Frieß Hermine, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz, Ing. Kaufmann Sepp, Majcen Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Grabensberger Maria, Dr. Lopatka Reinhold, Pußwald Hermine, Riebenbauer Johann, Tasch Kurt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Mag. Erlitz Wolfgang, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Ussar Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Glaser Helmut, Minder Erna, Trampusch Franz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf, Bleckmann Magda.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Peinhaupt Herbert, Weilharter Engelbert.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Europäische Integration und Föderalismus:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Cortolezis Candidus, Dr. Frizberg Gilbert, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch, Dr. Maitz Karl, Prutsch Alfred.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Frieß Hermine, Dr. Grabensberger Maria, Grillitsch Fritz, Kanduth Richard, Purr Reinhold.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Gennaro Kurt, Kaufmann Monika, Schleich Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Prutsch Günther, Schrittwieser Siegfried, Trampusch Franz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko German, Weilharter Engelbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Ebner Manfred, Bleckmann Magda.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Finanzen:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Frieß Hermine, Dr. Frizberg Gilbert, Dr. Grabensberger Maria, Dr. Hirschmann Gerhard, Kanduth Richard, Ing. Kinsky Hans, Pußwald Hermine.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Glössl Heinz-Johann, Dr. Karisch Eva, Prutsch Alfred, Dr. Lopatka Reinhold, Majcen Franz, Riebenbauer Johann, Tasch Kurt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Dr. Flecker Kurt, Glaser Helmut, Prutsch Günther, Trampusch Franz, Ussar Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Gennaro Kurt, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Kaufmann Monika, Schleich Franz, Schrittwieser Siegfried, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Schinnerl Peter, Dipl.-Ing. Vesko German.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Bleckmann Magda, Dr. Ebner Manfred.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Gemeinde-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Glössl Heinz-Johann, Kanduth Richard, Dr. Karisch Eva, Ing. Kaufmann Sepp, Prutsch Alfred.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Grabensberger Maria, Ing. Löcker Hans, Dr. Lopatka Reinhold, Pußwald Hermine, Tasch Kurt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Schleich Franz, Schrittwieser Siegfried, Vollmann Karlheinz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Mag. Erlitz Wolfgang, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Trampusch Franz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf, Schinnerl Peter.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Köhldorfer Gerhard, Peinhaupt Herbert.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Dr. Grabensberger Maria, Kanduth Richard, Dr. Karisch Eva, Pußwald Hermine.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Frieß Hermine, Glössl Heinz-Johann, Ing. Kaufmann Sepp, Ing. Löcker Hans.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Gennaro Kurt, Minder Erna, Schrittwieser Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dr. Flecker Kurt, Glaser Helmut, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Köhldorfer Gerhard, Mag. Rader Ludwig.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Bleckmann Magda, Peinhaupt Herbert.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Hirschmann Gerhard, Dr. Karisch Eva, Dr. Lopatka Reinhold, Pußwald Hermine, Tasch Kurt.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Ing. Kinsky Hans, Ing. Löcker Hans, Majcen Franz, Schützenhöfer Hermann.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Mag. Erlitz Wolfgang, Minder Erna, Trampusch Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Gennaro Kurt, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Kaufmann Monika, Ussar Siegfried.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bleckmann Magda, Peinhaupt Herbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Köhldorfer Gerhard, Dr. Ebner Manfred.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Kontroll-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Grillitsch Fritz, Dr. Frizberg Gilbert, Dr. Hirschmann Gerhard, Dr. Karisch Eva, Ing. Kaufmann Sepp, Dr. Lopatka Reinhold.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Cortolezis Candidus, Frieß Hermine, Ing. Löcker Hans, Dr. Maitz Karl, Majcen Franz, Riebenbauer Johann, Schützenhöfer Hermann.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Gennaro Kurt, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Minder Erna, Schleich Franz, Schrittwieser Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Mag. Erlitz Wolfgang, Heibl Otto, Prutsch Günther, Trampusch Franz, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Weilharter Engelbert, Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko German, Schinnerl Peter.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Grillitsch Fritz, Ing. Kinsky Hans, Bacher Johann, Prutsch Alfred, Riebenbauer Johann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Frieß Hermine, Glössl Heinz-Johann, Ing. Kaufmann Sepp, Tasch Kurt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Kaufmann Monika, Prutsch Günther, Schleich Franz, Trampusch Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Heibl Otto, Ussar Siegfried.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Peinhaupt Herbert, Weilharter Engelbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf, Köhldorfer Gerhard.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Petitions-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Dr. Cortolezis Candidus, Grillitsch Fritz, Prutsch Alfred, Schützenhöfer Hermann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Karisch Eva, Ing. Kaufmann Sepp, Beutl Walburga, Majcen Franz, Riebenbauer Johann.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dörflinger Günter, Prutsch Günther, Trampusch Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Glaser Helmut, Heibl Otto, Schleich Franz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf, Köhldorfer Gerhard.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Schinnerl Peter, Peinhaupt Herbert.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Ing. Kaufmann Sepp, Ing. Löcker Hans, Dr. Maitz Karl, Purr Reinhold, Schützenhöfer Hermann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Dr. Cortolezis Candidus, Dr. Grabensberger Maria, Ing. Kinsky Hans, Prutsch Alfred.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Heibl Otto, Schrittwieser Siegfried, Trampusch Franz, Vollmann Karlheinz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dörflinger Günter, Mag. Erlitz Wolfgang, Gennaro Kurt, Minder Erna.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Weilharter Engelbert, Peinhaupt Herbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Köhldorfer Gerhard, Schinnerl Peter.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Sozial-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Lopatka Reinhold, Dr. Maitz Karl, Majcen Franz, Purr Reinhold, Pußwald Hermine.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Friß Hermine, Dr. Grabensberger Maria, Ing. Kinsky Hans, Schützenhöfer Hermann.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Gennaro Kurt, Minder Erna, Trampusch Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dörflinger Günter, Ussar Siegfried, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Schinnerl Peter, Köhldorfer Gerhard.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Peinhaupt Herbert, Bleckmann Magda.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Dr. Cortolezis Candidus, Dr. Frizberg Gilbert, Ing. Kinsky Hans, Purr Reinhold.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Grillitsch Fritz, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz, Ing. Kaufmann Sepp, Pußwald Hermine, Prutsch Alfred.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Kaufmann Monika, Schrittwieser Siegfried, Trampusch Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Erlitz Wolfgang, Dr. Flecker Kurt, Glaser Helmut, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Ebner Manfred, Peinhaupt Herbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Köhldorfer Gerhard, Bleckmann Magda.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß einzelne Abgeordnete nicht mitstimmen! Ich kann das als mangelndes Interesse oder als Gegenstimme ansehen! Ich wiederhole daher: Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz, Tasch Kurt, Ing. Löcker Hans, Dr. Maitz Karl, Riebenbauer Johann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Glössl Heinz-Johann, Kanduth Richard, Purr Reinhold, Prutsch Alfred.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Heibl Otto, Schrittwieser Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Gennaro Kurt, Glaser Helmut, Ussar Siegfried, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko German, Mag. Rader Ludwig.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Weilharter Engelbert, Schinnerl Peter.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bacher Johann, Beutl Walburga, Dr. Cortolezis Candidus, Dr. Frizberg Gilbert, Dr. Lopatka Reinhold, Dr. Maitz Karl, Schützenhöfer Hermann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Grabensberger Maria, Dr. Hirschmann Gerhard, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz, Dr. Karisch Eva, Ing. Kinsky Hans, Riebenbauer Johann, Tasch Kurt.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dörflinger Günter, Dr. Flecker Kurt, Glaser Helmut, Trampusch Franz, Vollmann Karlheinz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Gennaro Kurt, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Minder Erna, Schleich Franz, Schrittwieser Siegfried, Ussar Siegfried.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Rader Ludwig, Dr. Ebner Manfred.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Weilharter Engelbert, Dipl.-Ing. Vesko German.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Glössl Heinz-Johann, Kanduth Richard, Tasch Kurt, Purr Reinhold, Schützenhöfer Hermann.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Frizberg Gilbert, Grillitsch Fritz, Dr. Karisch Eva, Majcen Franz, Prutsch Alfred.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Flecker Kurt, Gennaro Kurt, Heibl Otto, Schleich Franz.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dörflinger Günter, Schrittwieser Siegfried, Vollmann Karlheinz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Bleckmann Magda, Weilharter Engelbert.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Schinnerl Peter, Dipl.-Ing. Vesko German.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ausschuß für Wissenschaft und Neue Technologien:

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch Franz, Purr Reinhold, Dr. Frizberg Gilbert, Dr. Grabensberger Maria, Dr. Lopatka Reinhold.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Beutl Walburga, Frieß Hermine, Dr. Hirschmann Gerhard, Ing. Kaufmann Sepp, Dr. Maitz Karl.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Mag. Erlitz Wolfgang, Dr. Flecker Kurt, Dipl.-Ing. Getzinger Günter, Ussar Siegfried.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud, Dörflinger Günter, Dipl.-Ing. Grabner Heinz, Trampusch Franz.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Dr. Ebner Manfred, Bleckmann Magda.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Mag. Rader Ludwig, Dipl.-Ing. Chibidziura Wolf.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft – und nahezu auch der Präsident!

Im Sinne der Ihnen anlässlich der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangenen Mitteilung ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglied oder Ersatzmitglied eines Ausschusses sind, sich zur Durchführung der konstituierenden Sitzung der Landtags-Ausschüsse in den Rittersaal zu begeben.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen werden.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung 12.19 Uhr.)